

62513-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Straßenbauarbeiten – B175 Ausbau westlich Glauchau BA2.2, BW29+KP5

OJ S 19/2026 28/01/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Bauleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Zentrale

E-Mail: vergabe@lasuv.sachsen.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: B175 Ausbau westlich Glauchau BA2.2, BW29+KP5

Beschreibung: B 175 Ausbau westlich Glauchau BA 2.2, BW 29 + KP 5 Im Zuge der Gesamtmaßnahme ist für die B 175 ein 4-streifiger Ausbau mit teilweiser Umverlegung der Streckenführung vorgesehen. Hierzu ist ein entsprechender Ersatzneubau der Brücke über die Muldenflutrinne (BW 29) zu errichten und das Bestandsbauwerk abzubrechen. Des Weiteren sind die beidseitigen Anbindungen der B 175 an das neue Bauwerk einschließlich Ausbau des Knotens Austraße herzustellen.

Kennung des Verfahrens: f2c57a23-1d74-4e05-aecc-908dfef58bb9

Interne Kennung: 66-B076-24

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45233120 Straßenbauarbeiten

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Glauchau

Postleitzahl: 08371

Land, Gliederung (NUTS): Vogtlandkreis (DED44)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Folgende Nachweise, Angaben und Unterlagen sind zusätzlich zu den in den EU-Teilnahmebedingungen genannten auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen: - Eigenerklärung zu Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 - Angaben und Nachweise nach § 6a EU VOB/A für Bieter und andere Unternehmen - Ergänzung des Verzeichnisses der Nachunternehmerleistungen bzw. Verzeichnisses der Leistungen anderer Unternehmen um die Namen der Nachunternehmer einschließlich ggf. vorhandener PQNummern - Nachweis der Qualifikation des zu benennenden Verantwortlichen für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen gemäß dem "Merkblatt über Rahmenbedingungen für erforderliche Fachkenntnisse zur Verkehrssicherung von Arbeitsstellen an Straßen (MVAS)" -

Nachweis der Betriebshaftpflichtversicherung (Besondere Erklärung des Bieters) Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind: - Vorlage einer vergleichbaren Zulassung im Einzelfall (ZiE) für Zug-Druck-Kalottenlager (Sonderlager) Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit dem Angebot gefordert war, werden unter Fristsetzung nachgefordert. Werden die nachgeforderten Unterlagen nicht innerhalb der Frist vorgelegt, erfolgt der Ausschluss des Angebotes (§ 16a Abs. 5 EU VOB/A). Die elektronische Rechnungslegung erfolgt über das Bundesportal OZG-RE im XRechnung-Format unter der Leitweg-ID 14-0706069LASUV05-71.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Zwingend erfolgt ein Ausschluss des Bieters nach § 123 GWB, wenn dem Unternehmen das Verhalten einer Person zuzurechnen ist, die rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche), 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung). Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung. Ein Ausschluss kann nach § 124 GWB aufgrund von Kriterien erfolgen, die im Bezug zur persönlichen Situation der Bieter stehen. Das ist der Fall, wenn 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat, 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein

vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat, 3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, 5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann, 6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann, 7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat, 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln oder 9. das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln. Hierbei handelt es sich um Ausschlussgründe, die bei Vorliegen optional zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen können. Das bedeutet, dass die Vergabestelle im Einzelfall prüft, ob die persönliche Situation des Bewerbers eine Beauftragung ausschließt. Hieraus resultieren folgende Informationserfordernisse: Der Bieter hat hierzu eine "Eigenerklärung Eignung" abzugeben, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt und Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung zu tätigen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: B175 Ausbau westlich Glauchau BA2.2, BW29+KP5

Beschreibung: Umfang der Leistung - Grobmengen: Grobmengen Ingenieurbau 675 St Kampfmittelerkundung, Sondierbohrungen bis 6 m Tiefe (senkrecht) 1.535 m³ grobkörnigen Boden lief. u. als Bauwerkshinterfüllung profilger. einbauen u. verdichten 5.685 m³ Baugruben nach Unterlagen des AG herstellen 2.555 m² Asphaltenschutzschicht aus Gussasphalt auf Dichtungsschicht herstellen 725 m Bordstein aus Granit setzen mit Gewindestange M 14 aus nichtrostendem Stahl 1.195 m Ortbetonbohrpfahl D=120cm herstellen (senkrecht/Neigung 10: 1) 3.070 m³ bew. Beton (Spannbeton) einschl. Schalung herstellen (Überbau TBW 1/2) 371 m³ bew. Beton (Stahlbeton) einschl. Schalung herst. (Kappen Überbau TBW 1/2) 2.416 m³ bew. Beton (Stahlbeton) einschl. Schalung herst. (Pfahlkopfl., Widerlager, Pfeiler usw.) 1.900 m² Steinsatz auf Filterschicht (Sohlensicherung Gewässerbett) mit Wasserbausteinen herst. 1.190 m² Steinsatz auf Filterschicht (Sohlensicherung unter BW) mit Wasserbausteinen herst. 1.400 m³ bew. Beton (Stahlbeton) Bestandsbauwerk abbrechen (Überbau, Widerlager,

Pfeiler) Grobmengen Straßenbau 24.490 m3 Erdarbeiten 21 St Straßeneinläufe 77 m Rohrdurchlass DN 1200 204 m Kanal DN 250-400 6.055 m3 Frostschutz 10.540 m2 Asphalttragschicht 8/18/22cm 6.620 m2 Asphaltbinder 6- 8 cm 10.715 m2 Asphaltdeckschicht 3- 4 cm 1.057 m Bordsteine Naturstein Grobmengen Ausrüstung 56 m2 Wegweiser 23 St Verkehrszeichen 336 m2 Markierung 34 St Straßenbeleuchtung Mast Folgende Planungsleistungen sind Bestandteil der Ausschreibung: - Einholung verkehrsrechtliche Anordnungen - Einholung Schachtscheine - Bestandaufnahme - statische Berechnung / Ausführungsplanung Baubehelfe - statische Berechnung / Ausführungsplanung Bauwerk - Bauwerksbuch - Bestandsunterlagen, Bestandsübersichtszeichnungen
Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45233120 Straßenbauarbeiten

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Glauchau

Postleitzahl: 08371

Land, Gliederung (NUTS): Vogtlandkreis (DED44)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 03/08/2026

Enddatum der Laufzeit: 14/09/2029

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: sonstige weitere Fristen: Einzelfristen für: - prüffähige

Ausführungsplanung Teilbauwerk 2 oberstrom = spätestens 96 Werktage nach

Zuschlagserteilung - Antragsunterlagen ZiE und Werkplanung Druck-Zug-Sonderlager =

spätestens 96 Werktage nach Zuschlagserteilung - prüffähige Ausführungsplanung

Teilbauwerk 1 unterstrom = spätestens 192 Werktage nach Zuschlagserteilung Einzelfristen

für: - Verkehrsfreigabe Teilbauwerk 2 oberstrom, KP 5 und Austraße = spätestens

21.08.2028 Einzelfristen für Verkehrsbeschränkungen: - Vollsperrung B 175 nach Festlegung

AG im Zeitraum 10.07.2027 bis 20.08.2027 = 15 Kalendertage - Vollsperrung B 175 nach

Festlegung AG im Zeitraum 22.07.2028 bis 21.08.2028 (Umlegung auf Teilbauwerk 2

oberstrom)= 15 Kalendertage - Vollsperrung B 175 (Herstellung Notgehweg usw.) von

16.11.2026 bis 11.12.2026

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Auftragsunterlagen

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Der Preis (in EUR, netto) wird ermittelt aus der Wertungssumme des Angebots. Die Wertungssumme (in EUR, netto) wird aus der nachgerechneten Angebotssumme ermittelt. Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot, welches unter Berücksichtigung vorstehender Regelungen die niedrigste Wertungssumme aufweist.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe.de/unterlagen/54321-Tender-19ac9a624c7-40e76e1ede743740>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 03/02/2026 10:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 115 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Angabe zu zwingenden bzw. optionalen Ausschlussgründen sowie Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung: Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist oder ein Antrag auf Eröffnung mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde; ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet; dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen; dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde; Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft; Angaben über die Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes. Näheres gemäß Ausschreibungsunterlagen. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: Eine Erklärung über den Umsatz des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen. Näheres gemäß Ausschreibungsunterlagen. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit: - Angaben über die Ausführung von Leistungen in den letzten bis zu zehn abgeschlossenen Kalenderjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, wobei für die wichtigsten Bauleistungen Bescheinigungen über die ordnungsgemäße Ausführung und das Ergebnis beizufügen sind; Mindestanzahl geeigneter Referenzen: 2 - Angaben über die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen

Leitungspersonal Näheres gemäß Auftragsunterlagen. Ergänzende Eignungsnachweise: - Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen (Namen der Personen mit Funktion (auch technische Leitung) und Berufliche Qualifikation) Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit dem Angebot gefordert war, werden unter Fristsetzung nachgefordert. Werden die nachgeforderten Unterlagen nicht innerhalb der Frist vorgelegt, erfolgt der Ausschluss des Angebotes (§ 16a Abs. 5 EU VOB/A).

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 03/02/2026 10:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Ort des Eröffnungstermins: Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Zentrale, Stauffenbergallee 24, 01099 Dresden

Eröffnungstermin — Beschreibung: Beim Öffnungstermin sind keine Bieter oder deren Bevollmächtigte zugelassen. Nach Abschluss des Öffnungstermins wird den Bietern unverzüglich elektronisch in Textform der Vordruck Mitteilung Ausschreibungsergebnis EU zugestellt.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Abschlagszahlungen und Schlusszahlung nach VOB/B; Die elektronische Rechnungslegung erfolgt über das Bundesportal OZ6-RE im XRechnung-Format unter der Leitweg-ID 14-0706069LASUV05-71. Für folgende Leistungen sind getrennte Rechnungen zu erstellen: Das LASuV erteilt für die LV-Abschnitte 30 bis 34 den Auftrag im Namen der Stadtwerke Glauchau. Die Rechnung dieser LV-Abschnitte sind an die Stadtwerke Glauchau zu stellen. Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann ein Nachprüfverfahren bei der Vergabekammer beantragt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Zentrale

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Zentrale

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Zentrale

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Zentrale

Registrierungsnummer: 14-0706002LASUV01-45

Postanschrift: Stauffenbergallee 24

Stadt: Dresden

Postleitzahl: 01099

Land, Gliederung (NUTS): Dresden, Kreisfreie Stadt (DED21)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabe@lasuv.sachsen.de

Telefon: 000

Fax: +49 35181391099

Internetadresse: www.lasuv.sachsen.de

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Registrierungsnummer: keine Angabe

Postanschrift: PF 10 13 64

Stadt: Leipzig

Postleitzahl: 04013

Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@lds.sachsen.de

Telefon: +49 3419773800

Fax: +49 3419771049

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Zentrale

Registrierungsnummer: 14-0706002LASUV01-45

Postanschrift: Stauffenbergallee 24

Stadt: Dresden

Postleitzahl: 01099

Land, Gliederung (NUTS): Dresden, Kreisfreie Stadt (DED21)

Land: Deutschland

E-Mail: rechtsbehelfsauskunft@lasuv.sachsen.de

Telefon: +49 35181391313

Fax: +49 35181391099

Internetadresse: www.lasuv.sachsen.de

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7006

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

99b53bd4-7b98-42f3-8d57-75992e298671-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Beschreibung

:

Änderungen gemäß 3. Nachschreiben

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 0cc0a33e-ea5d-4042-a2d8-a37ba1688849 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 26/01/2026 18:44:02 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 62513-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 19/2026

Datum der Veröffentlichung: 28/01/2026